

Homosexuelle verzichten auf Safer Sex, Jugendliche halten Aids für eine Erwachsenenkrankheit – 20 Jahre nach ihrem Ausbruch hat die Seuche in Deutschland ihren Schrecken verloren. Ein tödlicher Irrtum

Die Rückkehr zum Leichtsinn



Zum Welt-Aids-Tag stecken sie sich wieder die roten Schleifchen an, sie halten Reden und bekunden Solidarität mit den Opfern. Es hat inzwischen etwas Ritualhaftes, wenn in Deutschland die Gefahren von Aids beschworen werden. Ist die Seuche hierzulande überhaupt noch Grund zur Sorge? Den 43.000 Infizierten in Deutschland stehen 38 Millionen weltweit gegenüber; die Ansteckungsraten liegen dank frühzeitiger und intensiver Prävention um die Hälfte unter dem europäischen Durchschnitt. Und wer sich trotzdem angesteckt hat, wird mit teuren, so genannten antiretroviralen Medikamenten behandelt, die den Ausbruch der Krankheit hinauszögern. Diese Betroffenen gehören damit zu jenen privilegierten fünf Prozent der weltweit Infizierten, die überhaupt Zugang zu Medikamenten haben.

Aids hat seinen Schrecken verloren – und das macht die Seuche, 20 Jahre nach ihrem Ausbruch, wieder gefährlich. 829 Neuinfektionen mit HIV sind im ersten Halbjahr 2004 in Deutschland registriert worden – eine »deutliche« Steigerung im Vergleich zum ersten Halbjahr 2003, wie das Robert Koch-Institut (RKI) in seinem jüngsten epidemiologischen Bulletin schreibt. Vor allem die schwulen Männer, mit rund 50 Prozent nach wie vor die größte Gruppe der Infizierten, lassen die Zahlen ansteigen. Nach einer langen Phase der Enthaltensamkeit aufgrund des Aids-Schocks der achtziger Jahre haben Schwule seit einiger Zeit wieder mehr Sex – und immer öfter vergnügen sie sich ohne Schutz.

Betroffene meinen, Aids sei eine chronische, behandelbare Krankheit

Mit 1.413 Neuinfektionen hatte die Immunschwäche-Krankheit im Jahr 2001 ihren bisherigen Tiefststand erreicht, seither steigt die Zahl der frisch Infizierten wieder: auf 1.631 im Jahr 2002 und 1.839 im vergangenen Jahr. Verantwortlich dafür ist neben den Schwulen die wachsende Gruppe der Zuwanderer aus so genannten Hochrisikoländern in Osteuropa und Afrika. Viele von ihnen sind drogenabhängig oder Prostituierte oder beides – und damit vor allem für Heterosexuelle ein Infektionsrisiko. Besonders stark sind die Steigerungsraten der Ansteckung bei den 20- bis 25-Jährigen.

Alarmierend ist, daß quer durch die Bevölkerung, nicht nur unter Schwulen, immer öfter auf Safer Sex verzichtet wird. Einer Langzeitstudie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in Köln zufolge benutzten von den Befragten mit mehreren Sexualpartnern im vergangenen Jahr nur

noch 78 Prozent Kondome, im Jahr 2001 waren es noch 83 Prozent. Der Kondomabsatz spiegelt den Trend wider: Von 2000 bis 2003 ging die Zahl der verkauften Kondome in der Bundesrepublik von 207 Millionen auf 189 Millionen Stück zurück. Zwar wissen 99 Prozent der Bevölkerung, daß ungeschützte Kontakte riskant sind – aber die Folgen werden verharmlost.

Nur noch 30 Prozent sehen, so die Bundeszentrale, in Aids eine der gefährlichsten Krankheiten, 1987 waren es mehr als doppelt so viele. Ein wesentlicher Grund dafür ist sicher, daß die Jugendlichen von heute – heterosexuelle wie schwule – den Aids-Schock der achtziger Jahre nicht miterlebt haben. Sie kennen nicht mehr die ausgemergelten, dahinsiechenden Sterbenden aus den frühen Jahren der Epidemie. Viele von ihnen hielten Aids sogar für eine Krankheit der Älteren, die Jugendliche gar nicht bekommen können, sagt Joachim Braun, Sexualberater bei pro familia in Berlin. Andere Ängste trieben die Jugendlichen mehr um als die Angst vor Aids. Die Perspektivlosigkeit, was die eigene Zukunft angeht, oder den Zerfall gesellschaftlicher Werte – Probleme, bei denen sie auch ihre Eltern oft hilflos erleben. Dazu kommen die pubertätsbedingten Verunsicherungen: Wenn es um den ersten Sex geht, haben Jungen »Angst, keinen Hochzuckriegern oder den Mädchen nicht zu gefallen« so Braun. »Und die Mädchen interessiert vor allem, wie sie eine Schwangerschaft

vermeiden. Aids ist da sehr nachrangig.«

Bei Schwulen ist oftmals schwindendes Verantwortungsbeußtsein der Grund, warum sie leichtsinnig werden. Nach fast 20 Jahren Leben mit Aids sind sie es leid, immer nur Safer Sex zu praktizieren. »Die Widerstände gegen das Kondom waren immer da, und sie brechen jetzt wieder durch«, sagt der Frankfurter Sexualwissenschaftler Martin Dannecker. »Die Angst vor dem Tod stellt sich nicht mehr ein« – was auch eine Folge des medizinischen Fortschritts ist: Die Kombinationstherapie, die es seit 1996 gibt und den Ausbruch der Krankheit hinauszögert, hat aus Aids in den Augen vieler Betroffener eine Art chronische, aber behandelbare Krankheit gemacht.

Eine Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung ergab: Je mehr die Menschen über die HIV-Therapie wissen, desto eher sind sie bereit, auf Safer Sex zu verzichten – ein verhängnisvoller Schluß, warnt der Arzt Holger J. Gellermann, der in Hamburg eine HIV-Schwerpunkt-Praxis führt: »HIV ist auch mit Behandlung keine einfache chronische Krankheit. Bei Diabetes zum Beispiel bleiben Sie mit Medikamenten gesund, bei HIV können Sie trotzdem krank werden.« Nach wie vor sterben jedes Jahr 600 bis 700 Menschen in Deutschland an Aids. Gellermann: »Wir sehen wieder häufiger Aids-typische Infektionen, weil die Patienten zu spät zum

Arzt gehen. Bei einigen versagen die Medikamente. Beängstigend ist, daß jetzt häufiger Viren übertragen werden, die gegen Medikamente resistent sind.« Außerdem nehme die Zahl derer zu, die nicht direkt an HIV sterben, sondern an Nebenwirkungen der Medikamente wie zum Beispiel Leberversagen.

Am Bild vom unbeschwerten Leben dank neuer Medikamente hat die Pharmabranche kräftig mitgezeichnet. In Schwulenblättern schaltet sie doppelseitige Anzeigen, wie etwa der Konzern GlaxoSmithKline, der einen »David, 30 Jahre, HIV-positiv« erklären läßt: »Ich habe keinerlei Beschwerden, und die zwei Tabletten am Tag sind zur Routine geworden.« Darüber der Slogan: »Leb dein Leben, wenn du positiv bist – 20 Jahre HIV«, gerade so, als gelte es, ein Jubiläum zu feiern.

Mit zwei Tabletten pro Tag ist es keinesfalls getan. Und die Nebenwirkungen sind beträchtlich: »Möglich sind Hautausschläge und schwere Allergien«, sagt Gellermann, »aber auch zunächst leichte Probleme wie Durchfälle, Übelkeit, Kopfschmerzen und Depressionen können einen richtig fertig machen.« Für die Patienten oft sehr belastend sind jedoch die entstellenden Verschiebungen des Fettgewebes: Im Lauf der Zeit verschwinden bei so manchem die Fettpolster aus dem Gesicht, dem Gesäß, auch aus den Armen und Beinen. Gleichzeitig lagert sich immer mehr Fett im Bauchraum ab

– nicht wie üblich zwischen Haut und Muskeln, sondern auf der Bauchinnenseite, sodaß die inneren Organe mehr und mehr eingeeengt werden.

Werbung für Partys, bei denen es ohne Kondome zur Sache geht

Michael Bohl, Leiter der Beratungsstelle in der Aids-Hilfe in Frankfurt am Main, sieht hinter riskantem Sexverhalten auch die Folge eines gesellschaftlichen Entsolidarisierungsprozesses. Er hat es immer öfter mit Menschen zu tun, die in die Armut abgestürzt sind, die am Existenzminimum herumkriechen, keine Arbeit und keinen Platz in der Gesellschaft finden und sich ausgegrenzt fühlen, gerade auch junge Menschen sind davon betroffen. Bohl: »Sie erachten ihr eigenes Leben und das Leben anderer als weniger schützenswert.« Sich selbst und andere zu infizieren nehmen sie billigend in Kauf.

Eine Minderheit unter den Schwulen fasziniert der Nervenzitfel. Sie treffen sich auf so genannten Bareback-Partys, bei denen es ohne Gummi zur Sache geht. Bareback bedeutet wörtlich: ohne Sattel reiten. Im Internet werben zahllose Bareback-Clubs neue Mitglieder und verbitten sich moralische Appelle, wie die »Boys-figgen-blank«, auf deren Homepage steht: »Bitte keine Diskussionen hier drin über die Gefahren!« So mancher sucht sogar gezielt nach HIV-Infizierten, die ihn »pozen«, das heißt: anstecken. Neben dem selbstzerstörerischen Aspekt, sagt

der Sexualwissenschaftler Dannecker, gehe es dabei um »den ungeheuren Thrill, ein Spiel auf Leben und Tod zu spielen«.

Riskanter Sex ist aber nicht nur auf Schwule beschränkt. Auch heterosexuelle Ehemänner wollen ihn vermehrt, seit er dank williger Prostituierte aus Osteuropa so leicht und billig zu haben ist. 50 Euro, der durchschnittliche Preis für eine »Nummer«, entspreche einem Monatslohn in der Ukraine, sagt Elisabeth Suttner-Langer. Komme dann ein Freier und gebe 20 Euro extra, damit als Gegenleistung das Gummi weggelassen wird, denke die Prostituierte an ihre Familie daheim, die sie mit ihrem Dirnenlohn unterstützt, und willige ein. »Die Frauen können sich sowieso schlecht wehren«, so Suttner-Langer, »sie waren früher vielleicht Krankenschwestern und wurden unter Vorspiegelung falscher Tatsachen hierher gelockt. Sie lassen oft alles mit sich machen.«

Elisabeth Suttner-Langer leitet das Aids-Präventionsprojekt Jana der Bezirksregierung der Oberpfalz. Die Frauen, von denen sie spricht, leben und arbeiten hinter der deutschen Grenze, in Tschechien. Mit Genehmigung der tschechischen Regierung klappern deutsche Streetworkerinnen die Prostituierten in den Sexclubs zwischen Cheb, dem früheren Eger, und Bayerisch-Eisenstein ab, knapp 150 Kilometer mit genau 77 Bordellen.

Die Sozialarbeiterinnen verteilen Kondome und Informationen und bieten anonyme und kostenlose Aids-Tests in einer Arztpraxis im Städtchen Domašlice an. Nur ein Drittel der Frauen sind Tschechinnen, die übrigen kommen aus der Ukraine, Weißrussland oder anderen osteuropäischen Staaten – allesamt Länder, in denen die HIV-Infektionsraten seit einiger Zeit förmlich explodieren. Jedoch nicht aus Sorge um die osteuropäischen Frauen fördert das bayerische Gesundheitsministerium das Projekt – »wir versuchen, die Ausbreitung von HIV in den Familien zu bekämpfen«, sagt Elisabeth Suttner-Langer.

Sie hat einmal überschlagen, wie viele Männer jeden Tag nur auf dem von ihrem Projekt betreuten Grenzabschnitt in die Bordelle hinter der Grenze fahren – und kam auf ungefähr 2.000, Tag für Tag, Straßenstrich nicht mitgerechnet. Viele von ihnen sind verheiratet, und die Zahl derer, die es ohne Gummi machen wollten, steige stetig, so haben die Prostituierten berichtet.

Eigentlich müßte das Projekt

Jana die Männer, die Familienväter, erreichen, um die Familien nachhaltig zu schützen. Doch wenn die Streetworkerinnen versuchen, mit Freiern in den Bordellen Kontakt aufzunehmen, fliegen sie hochkant raus, sie sollen schließlich nicht das Geschäft stören. Wie viele der bislang getesteten Prostituierten HIV-positiv waren, will Elisabeth Suttner-Langer nicht sagen.

Die Probleme des Projekts Jana geben einen Vorgeschmack auf die Schwierigkeiten, vor die die Aids-Prävention bald im ganzen Land gestellt sein wird: »In zwei bis fünf Jahren wird uns eine Aids-Welle aus Osteuropa massiv überrollen«, prophezeit Keikavus Arasteh, Direktor der Infektiologie am Auguste-Viktoria-Klinikum in Berlin. Schon jetzt nehme die Zahl der osteuropäischen Patienten stetig zu. »Papi geht ab und zu mal zur Prostituierten, das ist der Weg, wie das Virus zu uns kommen wird.«

Die Ukraine sei bereits das erste »Hochprävalenzland« in Europa, mit HIV-Ansteckungsraten wie in Südafrika zu Beginn der Epidemie. Weit mehr als bisher werde davon die heterosexuelle Bevölkerung des Landes betroffen sein. Die ist jedoch, anders als die übersichtliche Community der Schwulen, viel schwerer zu erreichen. Wie kommt man an die Hausfrau im grünen Vorort heran, die von ihrem Mann angesteckt wurde?

Weniger Aids-Aufklärung, weniger Fernsehspots

Im Interesse der eigenen Bevölkerung müßte die Bundesregierung ihr bislang erfolgreiches Präventionsmodell exportieren und in Osteuropa helfen, die Ausbreitung der Seuche einzudämmen, fordert Arasteh. Doch sämtliche Ministerien, vom Gesundheits- über das Entwicklungshilfe- bis zum Außenministerium, erklärten sich für unzuständig, erregt sich der Arzt. »Diese Inaktivität ist völlig inakzeptabel!«

In Deutschland selbst werden die Mittel für Aids-Aufklärung zusammengestrichen. Der Etat für die Anti-Aids-Kampagne der Bundeszentrale (»Gib Aids keine Chance!«), früher 25 Millionen Euro im Jahr, beträgt nur noch 9 Millionen. Außerdem haben die TV-Sender die Zahl der kostenlos ausgestrahlten Fernsehspots drastisch reduziert. Und die Kommunen kürzen die Zuschüsse für die Aids-Hilfen.

Vor allem Jugendliche werden inzwischen immer schwerer erreicht. »Bei den 16- bis 20-Jährigen«, sagt die Direktorin der Bundeszentrale, Elisabeth Pott, »gibt es bereits erste Wissenslücken« – und dies in einer Phase, in der sich das Virus wieder stärker ausbreitet. Martin Kraushaar

Feministische Buchläden bleiben geschützt

Das Antidiskriminierungsgesetz verunsichert die Wirtschaft und dürfte eine Prozeßlawine auslösen

Wer künftig seine Wohnung nicht an einen Ausländer vermietet, wird möglicherweise vor Gericht nachweisen müssen, daß er den Interessen ablehnte, weil ihm dessen Einkommen zu gering schien, nicht aber, weil ihm die Nationalität nicht paßte. Und wer einen Muslim nicht einstellt, wird überzeugend darlegen müssen, daß ein anderer Bewerber einfach die bessere Qualifikation mitbrachte. Derartige Streifragen drohen aus dem geplanten Antidiskriminierungsgesetz zu entstehen, auf das Wirtschaftsverbände alarmiert reagieren. „Die geplante Regelung greift massiv in die grundgesetzlich geschützte Vertragsfreiheit ein“, warnt Mario Ohoven, Präsident des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft (BVMW) im Rundschaugespräch.

Das Gesetz soll EU-Bestimmungen in das nationale Recht übernehmen, geht aber deutlich über die Vorgaben aus Brüssel hinaus. So untersagen die EU-Richtlinien eine Diskriminierung aufgrund von Rasse und ethnischer Herkunft. Das deutsche Antidiskriminierungsgesetz (ADG), das federführend vom Bundesfamilienministerium betreut wird, enthält sechs weitere Merkmale, nämlich Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexuelle Ausrichtung und Geschlecht.

Nicht alle sind dafür In der Koalition ist die Begeisterung über das Gesetz durchaus unterschiedlich ausgeprägt. Der linke Flügel der SPD und vor allem die Grünen setzen sich leidenschaftlich dafür ein. Bundesinnenminister

Otto Schily, Justizministerin Brigitte Zypries und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (alle SPD) gelten als Gegner der Initiative, die aus Sicht ihrer Ressorts zu Überregulierung führen wird. Aus diesen Gründen hatte Bundeskanzler Gerhard Schröder die vormalige Justizministerin Herta Däubler-Gmelin, die ein solches Gesetz bereits erarbeitet hatte, vor der Bundestagswahl 2002 zurückgepfiffen. Die Grünen mal wieder ...

Die Fassung, die nun diskutiert wird, trägt eindeutig die Handschrift der Grünen. Im von Zypries beigesteuerten zivilrechtlichen Teil lassen sich immerhin gewisse Einschränkungen der Normierungswut feststellen. So heißt es im Paragraphen 20, die erweiteren

Form des ADG gelte für das „Massengeschäft“, also nicht für den individuellen Vertrag zwischen Privatpersonen. Für den Vermieter würde das in der Konsequenz dazu führen, daß er seine Wohnung einem Türken nicht vorenthalten darf (weil dessen Rechte durch die EU-Vorgaben gestützt werden), wohl aber einem Homosexuellen. Ob Wohnungsbaugesellschaften „Massengeschäfte“ abschließen, ist zwischen SPD und Grünen bislang umstritten.

Das Ziel des Verbotes jedweder Diskriminierung klingt begrüßenswert, dürfte sich nach Ansicht von Rechtsexperten aber zu einem Fiasco entwickeln, von dem am Ende nur Rechtsanwälte profitieren. Vor Gericht wird ein Geschäftsmann

im Zweifel mit einer Lüge „nachweisen“ können, er habe von einem Geschäft aus sachlichen Gründen abgesehen, und nicht, weil der verhinderte Vertragspartner einer der genannten Personengruppen angehört. Doch ein großes Maß an Unsicherheit kommt vor allem auf Arbeitgeber in jedem Fall zu. Denn wer zu einer der genannten Personengruppen gehört und „eine weniger günstige Behandlung erfährt, als eine andere Person in einer vergleichbaren Situation erfährt, erfahren hat oder erfahren würde“, darf klagen, wenn er sich etwa bei Einstellungen oder Beförderungen übergangen wähnt. Wie aber wird eine „vergleichbare Situation“ definiert? Klagen dürfen nicht nur die direkt Betroffenen, sondern „an ihrer

Stelle und mit ihrem Einverständnis Verbände, die nach ihrer Satzung die Interessen von Personen“, die den genannten Gruppen angehören, „vertreten und nicht selbst am Prozeß beteiligt sind“. So steht durchaus zu erwarten, daß etliche Vereine und Initiativen aus diesem Feld einen neuen Nachweis ihrer Existenznotwendigkeit suchen werden. Einschränkend heißt es: „Das Verbot unterschiedlicher Behandlung wegen der Religion oder Weltanschauung berührt nicht die nach anderen Rechtsvorschriften bestehende Berechtigung der (...) Religionsgesellschaften oder Weltanschauungsvereinigungen, von ihren Beschäftigten ein loyales und aufrichtiges Verhalten im Sinne ihres jeweiligen Selbstverständnisses verlangen zu können.“ Auch hier

werden möglicherweise Richter urteilen müssen, ob damit dem Vorstand einer Moschee gestattet wird, einen christlichen Verwalter abzulehnen, solange dieser seinen Glauben für sich behält und dem potentiellen Arbeitgeber Loyalität verspricht. Und, vice versa, ob ein katholischer Kindergarten eine atheistische Kindergärtnerin einstellen muß. „Positive Diskriminierungen“ sind „zulässig, wenn ein wichtiges Grund vorliegt“. Das schützt, immerhin, feministische Buchhandlungen vor männlichen Bibliothekaren. Und Frauenparkplätze.

Jürgen Gottschling